

19. FEB. 1962



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 836 890

P/XVII/41 - 17. Februar 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Der Film braucht Hilfe

73

Versäumnisse mit folgenschweren Auswirkungen

Von Georg Kahn-Ackermann, MdB

3 - 4

Sorgen der Gemeinden

61

Nicht ausreichende Finanzquellen -

wachsender Investitionsbedarf

5 - 6

"Die blühenden Grenzen Asiens" (VIII)

64

In den Reichen der Millionen Elefanten

Die Revolution in der Dschungeln Cochinchinas

Von Erwin Erasmus Koch

* * *
* * *

17. Februar 1962

Der Film braucht Hilfe

Von Georg Kahn-Ackermann, MdB

Das Echo, das die Anfrage bei der Bundesregierung über die Situation des deutschen Films durch die SPD-Bundestagsfraktion ausgelöst hat, beweist, wie gross das allgemeine Interesse an der kritischen Situation ist, in der sich die deutsche Filmindustrie augenblicklich befindet, und dass die Sorge um die Weiterexistenz der deutschen Film-Produktion beträchtlich ist. Diese Sorge um die Erhaltung einer den Bedürfnissen der Bundesrepublik entsprechenden Film-Produktion war es auch, die die SPD zu ihrer kleinen Anfrage veranlasst hat. Es kann weder im Interesse der deutschen Kulturpolitik liegen, dass nur noch ein verschwindender Teil des in unserer Kinos-Theatern angebotenen Programms aus deutschen Filmen besteht, noch dass der deutsche Film als wirksames und erfolgreiches Mittel der Sympathieverbung in aller Welt, besonders aber in den Entwicklungsländern, ausfällt. Gerade in diesen Tagen ist von Vertretern des Auswärtigen Amtes im kulturpolitischen Ausschuss des Bundestages wieder nachdrücklich darauf hingewiesen worden, wie fruchtbar und wirksam sich deutsche Film-Programme bei der kulturpolitischen Auslandsarbeit erwiesen haben und wie bedauerlich es sei, dass das bisher schon verhältnismässig knappe Angebot an für diese Sympathieverbung geeigneten Spielfilmen durch die gegenwärtige Krise noch weiter zurückzugehen droht.

Wenig Verständnis bei der Bundesregierung

Ein weiterer Anlass für den Vorstoss der SPD war die offensichtliche Gedankenlosigkeit der Bundesregierung und des Bundeswirtschaftsministeriums, die offenbar in einer Fehleinschätzung des Ernstes der Situation es verstanden haben, die nun seit Jahren der qualitativen Verbesserung des Films dienenden Prämien durch schon seit längerer Zeit notwendig gewordene wirtschaftliche Hilfsmaßnahmen zu ergänzen. Zumindest seit 1958 war ersichtlich, dass der durch die wachsende Verbreitung des Fernsehens zu erwartende Besucherschwund die kommerzielle Auswertungsbasis der deutschen Film-Produktion im Inland erheblich einengen würde. Eine Entwicklung, der man angesichts der Tatsache, dass bei den deutschen Film-Produzenten nur sehr geringe Kapitalreserven gebildet werden konnten, mit Sorge entgegensetzen musste. Und eine Entwicklung, der angesichts einer an sich erfreulichen Entwicklung des deutschen Film-Exports durch verstärkte und erweiterte Exporthilfen hätte begegnet werden müssen, um den deutschen Film zu ermöglichen, einen Teil der Verluste am Inlandsmarkt durch bessere Exportergebnisse auszugleichen.

Indessen hat sich die Bundesregierung wiederholt auch dem Anliegen einer wirklich den realen Gegebenheiten angepassten Förderung des Film-Exports verschlossen. Die Verluste der Filmproduktion sind in den letzten beiden Jahren so gross gewesen, dass die deutschen Banken heute eine weitere Finanzierung der Filmproduktion ablehnen - eine Entscheidung, deren Folgen sich bereits abzeichnen. Die offenbar optimistische Beurteilung, mit der man der Situation der deutschen Filmwirtschaft im Bundeswirtschaftsministerium begegnete, findet schon seit Jahren keine Bestätigung in der Filmpolitik unserer Nachbarländer, die ungeachtet eines weit über den deutschen Niveau liegenden künstlerischen Potentials seit Längem mit staatlichen Hilfsmaßnahmen von beträchtlichen Umfang gestützt werden müssen. Dass Frankreich, England und Italien verhältnismässig so viel Geld für die Aufrechterhaltung ihrer Filmindustrie ausgeben, beweist nicht nur, dass man sich dort über die Bedeutung des Films als einem im Verhältnis zu seiner grossen Breitenwirkung vergleichsweise billigsten Mittel der Sympathieverbreitung bewusst ist. Und auch, dass ungeachtet des oben erwähnten grösseren künstlerischen Potentials es offensichtlich heute in Europa kein Patentrezept gibt, um die Filmwirtschaft angesichts der Fernsehkonkurrenz in die Lage zu versetzen, ganz auf eigenen Füessen zu stehen.

Hilfe für Berlin

Über die Formen der Hilfe, die der deutschen Filmwirtschaft in Berlin gegeben werden muss, wenn wir nicht auf die Existenz einer geordneten Filmindustrie verzichten wollen, wird man sich unterhalten müssen. Es bieten sich da eine Anzahl, wenn auch nicht allen viele, neue Wege an. Besonders gilt es, bei diesen Massnahmen der durch die Ereignisse des vergangenen Jahres in Mitleidenschaft gezogenen Berliner Filmindustrie zu helfen. Die von der SPD beantragten Massnahmen, die Berliner Filmwirtschaft in die für andere Wirtschaftszweige gültige Umsatzsteuervergünstigung einzubeziehen, sind daher das mindeste, was zum Ausgleich des Standortnachteils der Berliner Filmwirtschaft geschehen muss. Die Erhaltung Berlins als alten Zentrum der deutschen Film-Produktion ist ein Anliegen von eminenter politischer Bedeutung und eine Einstellung der Filmproduktion in Berlin wäre ein nicht wieder gut zu machender Prestigeverlust für die Bundesrepublik. In diesem Zusammenhang hat bei der Kleinen Anfrage der SPD auch die Sorge Platz gestanden, dass durch die in der gegenwärtigen Situation erfolgten Einschränkungen der deutschen Film-Produktion die "DFP" in vielen Ländern als "Deutscher Film" in die entstehende Lücke springen wird.

Sorgen der Gemeinden

sp - Der deutsche Städtetag arbeitet gegenwärtig an einer neuen Bestandsaufnahme für den Investitionsbedarf der Gemeinden in der Bundesrepublik. Nach einer ersten Übersicht kann damit gerechnet werden, daß die Großstädte, Landkreise, kreisangehörigen Städte, Bürgergemeinden und Dörfer noch rund 100 Milliarden DM benötigen, um friedensmäßige Lebensverhältnisse für den Bürger zu schaffen, wie sie die Zeit von heute verlangt. Dabei hatte der Investitionsbedarf (für den Verkehrsausbau, die Krankenhäuser, Schulen und Wohnungen also) im Jahre 1958 rund 60 Milliarden DM betragen. Der Bedarf ist somit nicht, wie man meinen sollte, kleiner geworden, sondern innerhalb von vier Jahren um mindestens 40 Milliarden DM angewachsen.

Dieser Investitionsbedarf ist vor allem deshalb angewachsen, weil in der letzten Legislaturperiode des Bundestages nicht gerade eine gemeindefreundliche Politik seitens der Bundesregierung, aber oft auch seitens der Mehrheit des Bundestages getrieben worden ist. Nach wie vor verfügen die Gemeinden nicht über ausreichende Finanzquellen und das zu einem Zeitpunkt, da der Bund wegen der neuen hohen Rüstungsausgaben am Rande des Defizits marschiert und die CDU-Fraktionen der Bundesländer bereit sind, dem Bundesfinanzminister zu Lasten der Länderetats zu helfen. Jedenfalls wird auch heute wiederum nicht das Wort von einer gleichberechtigten Beteiligung der Gemeinde an deutschen Finanzaufkommen großgeschrieben.

Der junge Münchener Oberbürgermeister Dr. Hans-Joachim Vogel war es, der am letzten Wochenende auf einer kommunalpolitischen Landeskonferenz der Sozialdemokraten in Neumünster die Perspektiven der großen, vor den Gemeinden liegenden Aufgaben umriß. Er gab damit den Sozialdemokraten im Norden zum Kommunalwahlkampf Argumente an die Hand, die jenseits aller Wahlpropaganda liegen und sich folgerichtig aus den "revolutionären Ereignissen unserer Produktions- und Lebensumwandlung" ergeben, wie Vogel sagte.

Da ist einmal die Entwicklung und Erneuerung der Gemeinden und vor allem der großen Städte, wo das Wachstum in geordnete Bahnen zu lenken ist. Dabei sollte man aber das Bundesbaugesetz des letzten Bundestages, das auch durchaus positive Ansätze enthält, nicht glorifizieren, denn das Erwerbsrecht der Gemeinden an Grund und Boden ist dadurch noch stärker beschnitten worden. Die Gemeinde aber braucht hier einen gewissen Spielraum für ihre Bürger eben um das Wachstum in geordnete Bahnen lenken zu können.

Nach wie vor steht die Beseitigung der Wohnungsnot oberan und beginnt sich dabei der Sanierung von sehr alten und unmodernen Wohnquartieren zuzuwenden. Die Gemeinden müssen endlich den ausreichenden finanziellen Spielraum bekommen, um 16 Jahre nach Kriegsende die Hunderttausende von Elendsquartieren auszuräumen. Tatsächlich ist durch das Gesetz zum Abbau der Wohnungszwangswirtschaft des letzten Bundestages die Zahl der angebotenen Altbauwohnungen ständig geringer und nicht größer geworden. Der Abbau der Marktordnung hat zudem zum Baulandmangel (begleitet von Preissteigerungen) geführt und macht es den Gemeinden immer schwerer, neue Sozialwohnungen zu errichten.

Als drittes großes Problem, das unsere Gemeinden für ihre Bürger zu bewältigen haben, nachdem die Produktionswandelung der Gesellschaft in schnellem Fluß ist, besteht in der Behebung der Verkehrsnot. Der Zuwachs der Verkehrsfläche hat nicht annähernd mit der Modernisierung Schritt gehalten. Viele Städte stehen jetzt vor der Entscheidung, ob sie Schienenverkehrsmittel unter die Erde legen und ganze Stadtkerne für den Autoverkehr sperren sollen. Es muß jedenfalls der Tatsache ein Ende gesetzt werden, daß Jahr für Jahr auf den Straßen der Bundesrepublik 14500 Einwohner getötet und 200 000 verletzt werden. Auch diese verkehrspolitische Aufgabe erfordert von den Gemeinden vorrangig Milliarden und aber Milliarden DM.

"Die blutenden Grenzen Asiens" (VIII)

In den Reichen der Millionen Elefanten

Von Erwin Erasmus Koch

Djakarta, Bangkok, Februar 1962

Ein kurzer Umweg-Flug brachte mich über Indonesien nach Bangkok, in die verzauberte Metropole am Rande der Dschungel des Reiches, das früher Siam hiess und gegenwärtig den Namen der Thai führt, Thailand. Djakarta war gestern noch voller Unruhe. Die Millionen-Bevölkerung hatte seit Wochen Lebensmittel, vor allem Reis, aufgekauft. Die Menschen drängten sich vor den Lautsprechern. Sukarno liess keinen Zweifel darüber, dass er zum Krieg gegen Holland wegen West-Irian mehr denn je entschlossen ist. Er ist sich der Unterstützung aller Staaten Südostasiens und Chinas sicher; aber erwartet noch das die Holländer verdammende Urteil der UN ab. Bleibt es dabei, dass die Kolonialherren weiterhin Ausflüchte gebrauchen und die Neu-Guinea-Frage auf die lange Bank schieben möchten, so wird ganz Südostasien in den Strudel des unvermeidlichen Krieges gerissen werden. Sukarno hat Hunderte Millionen auf seiner Seite. Die Holländer haben längst ihr "Gesicht verloren".

Zugleich spitze sich die Lage in Vietnam zu. Der Druck der kommunistischen Guerilla aus dem Norden hat nicht nachgelassen. In Hong Kong ankern Einheiten der VII. Amerikanischen Flotte. Die USA wissen, dass der offene Krieg und der schliesslich mögliche Verlust Südostasiens die SEATO zu Fall bringen muss. Es scheint, dass die latente Krise allmählich ihrem Höhepunkt zutreibt. Das SEATO-Hauptquartier in Bangkok tagt pausenlos. Auf Fragen zur Lage und zum Vorgehen der Holländer heisst es: "No comment!" Unter den Massen der Völker herrscht tiefe Besorgnis. Buddhistische Priester beten in allen Tempeln Bangkoks. Hindu-Priester flehen gleichfalls öffentlich ihre Götter um Frieden an. Astrologen - sie spielen eine grosse Rolle - hatten aus der ungünstigen Konstellation von acht Sternen für Ende Januar eine Katastrophe vorausgesagt, was übrigens zur Folge hatte, dass in Nepal aus Kathmandu die Massen in die Berge geflohen sind.

Bangkok erhielt unterdessen die grosse amerikanische Hilfe, wiederum rund 23 Millionen Dollar, erhöht. Die USA bezahlen die stärkste Verteidigungsposition der SEATO. Millionen und aber Millionen Dollar

sind nach Thailand geflossen. Die Metropole am Rande der Dschungel erlebt eine Prosperität ohne Gleichen. Ihr Autoverkehr hat europäische Maßstäbe längst überschritten. Die Menschen kaufen und verkaufen. Längst sind die Bettler von den Strassen verschwunden, die den Fremden in Pakistan, Indien und Hong Kong auf Schritt und Tritt folgen. Neben der amerikanischen Hilfe ist auch der Reis gut gedeihen. Thailand verkauft seinen Überschuss vor allem auch an Indonesien. Aber es legt auch eine strategische Reserve an. Selbst in Bangkok ist die Angst vor dem Kriege, einer möglichen gewaltigen Umwälzung im Raum der Südchinesee und des Pazifik deutlich fühlbar.

Der Krieg in den Dschungeln von Kambodscha und Laos, den "Reichen der Millionen Elefanten" gewinnt über die Kerngebiete der Pathet Laos hinaus an Ausmaß. - Wir fliegen über den berühmten Ho Shi-Minh-Pfad, die Strasse der Guerillas, die von Norden zum Mekong und nach Süden führt. Das Land, ein ungeheures Gebiet dichter Dschungel, von Bergen und Hügeln, lag wie ausgestorben. Als hätten sich die Menschen hier an diesen beiden blutenden Grenzen Asiens verkrochen. Aber der Krieg hat erst recht begonnen, wie es scheint, obwohl er schon seit fünf Jahren oder länger dauert.

Die USA besorgen die Auf- und Ausrüstung Südvietnams. Marine-soldaten drillen die Vietnamesen zum Kampf gegen die kommunistische Khmer, die sich ihres jahrtausende alten Erbes als Herren der Halbinsel bewusst sind, "Alles Land der Pflüger!" Noch immer gilt diese Parole der "Partei der Güterverteilung" Chinas, der Partei Mao Tse-tungs. Merkwürdig mutet es dagegen an, dass jüngst eine bundesdeutsche Wirtschaftsdelegation in Bangkok einen Kredit von 100 Millionen Deutscher Mark an den Mann bringen wollte und ihn auch los wurde. Aber die Thailänder verblüffen die Deutschen mit ihrer Zurückhaltung. Sie meinten, für die "Entwicklungshilfe" keine Verwendung zu haben. Schließlich liessen sie sich überzeugen, die harte Mark irgendwie für den Strassenbau zu verwenden. "Strassen kann man ja immer, selbst im Dschungel, bauen". Die deutschen Entwicklungshelfer setzten dann auch in Indonesien sogar 200 Millionen DM ab. Das alles mutet unwirklich an. Ost und West laufen sich im Südosten Asiens den Rang ab.

+ + +